

Vietz, Karl P.

Article — Digitized Version

Die Nachkriegsentwicklung der westdeutschen Eisen- und Stahlindustrie

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Vietz, Karl P. (1957) : Die Nachkriegsentwicklung der westdeutschen Eisen- und Stahlindustrie, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 37, Iss. 12, pp. 705-708

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/132573>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

nisse. Mitunter werden Einfuhren benötigt, wenn vom Verbraucher die noch immer langen Lieferfristen der österreichischen Werke nicht akzeptiert werden können.

Eine völlig andere Situation zeigt sich auf dem Edelstahlsektor. Hier wurden auch die Inlandspreise den wachsenden Gestehungskosten angepaßt, da eine Beeinflussung des nationalen Preisniveaus durch die Preise für Edelstähle praktisch außer Betracht bleiben kann. Andererseits aber blieb die Konjunktur auf den internationalen Edelmärkten eine ausgesprochene Mengenkonjunktur. Wenn man von den unter Devisenmangel leidenden Märkten absieht, auf denen der ungedeckte Bedarf die Preisfrage als sekundär gegenüber der Beschaffungsfrage erscheinen läßt, so brachte der steigende Bedarf auch an Edelstählen den österreichischen Werken zwar einen hohen Auftragszugang, der z. T. zu ungewöhnlich langen Lieferfristen führte, doch führten verschärfte Konkurrenzverhältnisse eher zu einer Versteifung der Preissituation. In vielen Relationen liegen die erzielten Exportpreise sogar unter den Inlandspreisen. Natürlich wurde trotzdem mit Rücksicht auf die langfristige Pflege der traditionellen Exportmärkte das Auslandsgeschäft weiter forciert.

Exportanteil der Edelstahlproduktion
(in %)

Position	1954	1955	1956	1957 Jan. bis Juni
Inlandsabsatz	41	46	41	32
Export	59	54	59	68

Der Anteil der Eisen- und Stahllieferungen ins Ausland am Gesamtexport betrug 1954 13,8%, 1955 14,7%, 1956 16,3% und im ersten Halbjahr 1957 19%. Diese Lieferungen gingen praktisch in alle stahlverbrauchenden Länder der Erde. Besonders die

Edelstahlindustrie beliefert seit Jahrzehnten die Verbraucher aller Länder mit ihren Marken, die im Ausland sehr geschätzt sind.

Wenn man feststellt, daß 1955 45,9% und 1956 41,9% der Eisen- und Stahllexporte in die Länder der Montanunion gingen und andererseits die Kohle- und Koksbezüge aus diesen Ländern in den beiden Jahren 39,7% und 30,2% ausmachten, so ist ohne weiteres das Interesse verständlich, mit dem die eisenerzeugende Industrie die Entwicklung der Gemeinschaft für Kohle und Stahl verfolgt hat. Es können hier nicht die Argumente erwähnt werden, die nach Erreichung der freien Entscheidungsmöglichkeit Österreichs durch den Staatsvertrag für und wider einen Beitritt zur Gemeinschaft in die Diskussion geworfen wurden. Es mag nur angedeutet werden, daß bei allem großen Interesse der österreichischen Werke an den geregelten Kohlebezügen und an der Teilnahme an diesem großen Gemeinsamen Markt ohne Diskriminierung durch Zölle die Einstellung des Ostens zur Gemeinschaft, in der nicht ein rein wirtschaftlicher Zusammenschluß, sondern die Konzentration des westeuropäischen Rüstungspotentials gesehen wird, für Österreich als neutralen Staat ein gewichtiges außenpolitisches Problem darstellt. Von der innenpolitischen Seite her würde sich u. a. auch das Problem der „politischen“ Inlandspreise stellen, die mehr oder weniger kurzfristig denen der Partnerländer angeglichen werden müßten, was nicht abzusehende Wirkungen auf das inländische Preisniveau hätte. Die Eisen- und Stahlindustrie Österreichs begrüßt die geplante Errichtung einer Freihandelszone um so mehr, als sie ihr die Möglichkeit des erwünschten engeren Anschlusses an den westeuropäischen Markt gibt und gleichzeitig die handelspolitische Bewegungsfreiheit gegenüber den übrigen Handelspartnern läßt.

Die Nachkriegsentwicklung der westdeutschen Eisen- und Stahlindustrie

Karl P. Vietz, Essen

Mit einer Jahreserzeugung von rund 24,5 Mill. t werden die Stahlwerke der Bundesrepublik im Jahre 1957 die Zuwachsrate des Vorjahres nicht wieder erreichen. Diese Rate dürfte, wie die vorläufigen Zahlen besagen, mit 1,4 Mill. t um 0,4 Mill. t niedriger liegen als die des Jahres 1956. Ernsthafte Bedenken löst diese Verringerung jedoch nicht aus. Auch 1956 lag kein Bruch in der Entwicklung darin, daß die Rohstahlerzeugung nur um 8,7% — von 21,4 Mill. t auf 23,2 Mill. t — anstieg, während der Zuwachs im vorangegangenen Jahr 1955 mit 22,4% (21,3 gegenüber 17,4 Mill. t Jahresproduktion) auffällig größer gewesen war.

Das Jahr 1955 hatte insofern eine Wende gebracht, als die Rohstahlerzeugung auf dem Boden der Bundesrepublik zum ersten Male die der Vorkriegszeit übertraf. Die ungewöhnliche Steigerung um fast 4 Mill. t

war jedoch nicht typisch für den Trend. Sie wurde nämlich im neuen Aufschwung nach der Flaute von 1953/54 erzielt, in der zum ersten Male nach dem Koreaboom wieder Kapazitäten brachgelegen hatten. Anders nun als bei jenem großen Sprung von 22,4% handelt es sich bei den seit Ende 1955 verzeichneten Steigerungssätzen nicht nur um den Produktions-, sondern zugleich auch um den Kapazitätswuchs. Seit drei Jahren wird die Leistungsfähigkeit aller Stahlwerke bis zum Rande ausgeschöpft. Das gleiche gilt für die Hochöfen, jedoch nicht für die Walzwerke. Die Roheisen- und Rohstahlerzeugung hat in dem seit Mitte 1954 zurückgelegten Zeitraum ihre Begrenzung nicht im Markt, sondern in den vorhandenen Anlagen gefunden, die in vielen Fällen über den optimalen Grad von 80% ausgelastet waren. Bei Roheisen und Rohstahl ist also die Statistik der Produktion zugleich

die Statistik der jeweiligen Leistungsfähigkeit. Eine Jahresmehrzeugung von 1,4 Mill. t braucht also in der Gesamtentwicklung nicht weniger zu bedeuten als eine höhere Rate in früheren Jahren. Sie besagt nur, daß sich die Bezugsgrößen verschoben haben. Der Ausgangspunkt gibt den Zahlen ihren jeweiligen Rang. Im übrigen liegt der Zuwachs von 1957 innerhalb der Erwartung, die mit einer Jahreserzeugung von rund 30 Mill. t im Jahre 1960 rechnet. Die auf den Bedarfsschätzungen fußenden Investitionen sind auf diese Erzeugung ausgerichtet.

VOLKSWIRTSCHAFTLICHE POSITION

Die 24,5 Mill. t Rohstahlproduktion von 1957 sind viel und sind zugleich wenig, je nachdem, womit man diese Zahl vergleicht. Sie sind zunächst einmal am übrigen industriellen Wachstum der Bundesrepublik gemessen wenig. Bei allen Vorbehalten gegen einen Vergleich der Indices verschiedener Produktionszweige war im Vorjahr festzustellen, daß die eisen-schaffende Industrie an der zweitletzten Stelle lag. Die Richtzahl betrug (1936 = 100) 142, die der Gesamtindustrie dagegen 198. Für die wichtigen Abnehmergruppen der Stahlindustrie lauteten die Zahlen: Eisen-, Blech- und Metallwaren 180, Schiffbau 194, Maschinenbau 243, Fahrzeugindustrie 396 und Elektroindustrie 493. Augenfällig demonstriert wurde diese Ungleichheit der Entwicklung in den letzten Jahren durch das beträchtliche Volumen der Einfuhren von Walzwerkserzeugnissen in die Bundesrepublik. Der inländische Bedarf konnte bei der unvermeidlichen Weiterführung des Exportgeschäftes, die zumal 1956 die Ertragssituation wesentlich bestimmte, nicht aus der eigenen Erzeugung gedeckt werden. Importe mußten die Lücken schließen. Es ist nicht zweifelhaft, daß sie für den deutschen Verbraucher eine zusätzliche Kostenbelastung darstellten. Welche Veränderungen die Preise auch in den letzten Jahren erfahren haben, in der ganzen Breite der Walzstahlproduktion ist es bis heute so geblieben, daß nur zwei Länder, nämlich die USA und Großbritannien (und auch diese beiden Länder nur Spezialbleche und Bandstahl), billiger anboten und anbieten als die deutschen Werke ihren Kunden im Gemeinsamen Markt. Das ist um so bemerkenswerter, als die nachteilige Entwicklung der Erzeugungskosten die westdeutschen Werke härter traf als die aller anderen westlichen Stahlländer.

WELTWIRTSCHAFTLICHE POSITION

Die Richtzahl von 142 liegt aber auch im Vergleich zur Produktionsentwicklung der eisen-schaffenden Industrie anderer Länder niedrig. Der Index aller namhaften Stahlländer nannte im Vorjahr höhere Zahlen, und zwar Luxemburg 163, England 167, Belgien 185, Frankreich 188, USA 217, Italien 267, Sowjetunion 277. Es ist zwar der deutschen Stahlindustrie gelungen, wieder auf den dritten Platz in der Weltstahlerzeugung hinter den USA und der Sowjetunion zu rücken, aber dieser dritte Platz hat längst nicht mehr den gleichen Rang wie früher. Um die Zeit des ersten Weltkrieges stellte Deutschland 23% der Weltstahlerzeugung her, um die Zeit des zweiten Weltkrieges

etwa 16%. Heute ist die Bundesrepublik trotz ihres dritten Platzes nur noch mit 8% an der Weltstahlproduktion beteiligt. Dieser Anteil erhöht sich auch nach der wirtschaftlichen Rückkehr des Saarlandes zu Deutschland nur um 1%. Wenn nichts anderes, dann muß dieser Rückfall des deutschen Anteils an der Weltproduktion von rund einem Viertel bis auf ein Zwölftel bzw. ein Elftel allen Befürchtungen vor einem deutschen Übergewicht den Boden entziehen, ganz abgesehen davon, daß die westdeutsche Produktion in die Erzeugung der Montanunion eingebettet ist. Der deutsche Stahlanteil in der Union beträgt aber nur etwa 40%, das heißt, die Produktion der übrigen Länder des Gemeinsamen Marktes ist anderthalbmal so groß wie die deutsche. Nach wirtschaftlichen und politischen Einflußräumen gerechnet, entfallen von den rd. 0,25 Mrd. t der jährlichen Weltstahlproduktion zwei Fünftel auf die USA, ein Fünftel auf die sowjetische Einflußsphäre, ein Fünftel auf die Montanunion und das letzte Fünftel auf England und die übrige freie Welt, wobei England von diesem letzten Fünftel etwa die Hälfte stellt.

VERSCHIEDENE AUSGANGSPUNKTE

Als eine große Leistung sind indessen die deutschen Erzeugungszahlen anzusprechen, wenn man von der Bezugsgröße des völligen Zusammenbruchs im Jahre 1945 ausgeht. Dieser Zusammenbruch brachte Demontagen, Entflechtung, Produktionsverbote mit später nur tropfenweisen Lizenzen, Verlust von traditionellen Absatzmärkten und Rohstoffquellen, Zerreißung des Verbundes und andere Eingriffe. Das alles brachte Rückschläge eines nie erlebten Ausmaßes mit sich.

Rohstahlerzeugung der Bundesrepublik
(in Mill. t)

Jahr	Produktion	Jahr	Produktion
1947	2,7	1954	17,4
1950	12,1	1955	21,4
1952	15,8	1956	23,2
1953	15,4	1957	24,5

Ohne die Situation der Jahre von 1945 bis 1950 allzu eingehend mit Zahlen belegen zu wollen, sei hier darauf hingewiesen, daß die vom Krieg überzogenen westeuropäischen Stahlländer die Produktion fast ungebrochen auf der Vorkriegshöhe fortsetzen konnten und dann durch die Marshallhilfe ungeheure Investitionsimpulse erfuhren, während Westdeutschland noch im Neubeginn, ja selbst in den Aufräumungsarbeiten gehemmt war. Frankreich zum Beispiel, das von den westlichen Nachbarn Deutschlands durch den Krieg am schwersten in Mitleidenschaft gezogen war, erzeugte im letzten Vorkriegsjahr 6,2 und im ersten Nachkriegsjahr 4,4 Mill. t Rohstahl. Es hatte 1938 86 von 199 vorhandenen und 1946 wieder 59 von 186 vorhandenen Hochöfen in Betrieb. Die belgische Rohstahlerzeugung hielt sich 1946 mit 2,2 Mill. t fast genau auf der Vorkriegshöhe. England verzeichnete sogar eine kräftige Steigerung, nämlich bei Roheisen 7,8 Mill. t 1946 gegen 6,8 Mill. t 1938 und bei Rohstahl 12,8 gegen 10,5 Mill. t. Für Westdeutschland dagegen nennt die Statistik für die beiden ersten Nachkriegsjahre überhaupt keine Produktionszahlen, weil

sie eben nicht nennenswert waren. Noch 1947 waren von 118 vorhandenen Hochöfen erst 31 unter Feuer. Erst 1952 stabilisierte sich die Zahl der vorhandenen Hochöfen mit rund 120, von denen damals 98 und 1956 wieder 111 in Betrieb waren.

Die Rohstahlerzeugung, die 1947 noch gedrosselt war, wurde 1950 durch die neue politische Konstellation (Korea) „enthemmt“, erfuhr 1953 einen leichten Rückfall, erreichte 1954 fast die höchste Vorkriegsleistung von 17,9 Mill. t und stieg seither von Jahr zu Jahr weiter an.

INVESTITIONEN

Die Rückkehr auf den dritten, wenn auch längst nicht mehr dem früheren Rang gleichkommenden Platz in der Weltstahlerzeugung ist von der westdeutschen Eisen- und Stahlindustrie unter Bedingungen bewerkstelligt worden, die weder den gleichzeitig gegebenen anderer westeuropäischer Stahlländer noch den eigenen der Vorkriegszeit nahekamen. Für den Start war die Bereitstellung öffentlicher Mittel unerlässlich, weil eine Industrie, die nicht produziert oder ihre Anlagen nur zu geringen Teilen ausnutzen kann, ihre Ausgaben nicht aus Erlösen bestreiten kann. Aber die öffentlich gesteuerten Mittel haben keine übermäßige Rolle im Wiederaufbau der eisenschaffenden Industrie gespielt. Sie hat zum Beispiel aus den Mitteln für den europäischen Wiederaufbau (ERP) und anderen öffentlichen Quellen etwa 440 Mill. DM erhalten gegenüber 2 Mrd. DM, die der französischen Eisen- und Stahlindustrie aus öffentlichen Quellen zuflossen. Die Remontagekredite in Höhe von rd. 200 Mill. DM deckten im allgemeinen nicht die tatsächlichen Demontage-schäden. Als Starthilfe waren sie freilich so wenig zu unterschätzen wie die 300 Mill. DM aus der Investitionshilfe. Für die entscheidenden Auftriebsjahre von 1950 bis 1955 war die Stahlindustrie auf die eigene Kraft, also auch zur Finanzierung über den Preis, und auf die Fremdfinanzierung im Wege von Kapitalerhöhungen, Anleihen und sonstiger Schuldscheinkredite angewiesen. In diesem Zeitraum sind rd. 5 Mrd. DM investiert worden, für die Jahre bis 1960 ist mit der gleichen Summe zu rechnen. In der weiteren Zukunft wird sich eher ein Anwachsen des Investitionsbedarfs ergeben, weil die Produktion nur noch auf dem Wege der Errichtung völlig neuer An-

lagen gesteigert werden kann. Mit rd. 1 Mrd. DM im Jahr hielt sich der deutsche Investitionsaufwand auf der Höhe des französischen. Die Investitionen wurden in der Bundesrepublik mit 40% Eigenkapital und 60% Fremdkapital finanziert. Der Unterschied zu Frankreich liegt weniger bei diesen Relationen als vielmehr darin, daß sich der Kapitalaufwand in Westdeutschland auf eine Jahreserzeugung von 22 bis 24 Mill. t, in Frankreich aber auf 12 bis 13 Mill. t bezog, also je Einheit praktisch weit über dem deutschen lag.

KOSTENVERGLEICH

Bleibt man bei dem Vergleich zwischen diesen beiden größten Stahlländern des westeuropäischen Festlandes, so fällt neben der Investitionskraft die Ungleichheit der Kostenbedingungen auf. Damit ist ein Kapitel grundlegender struktureller Veränderungen aufgeschlagen, die sich für die westdeutsche Stahlindustrie gegenüber der Vorkriegszeit ergeben haben. Das liegt im Zuge der politischen wie auch der wirtschaftlichen Entwicklung. Kann man auch die Arbeitskosten in den Ländern etwa gleich hoch ansetzen, so ist das Bild bei den Rohstoffkosten grundlegend anders. Der Unterschied zeigt sich schon in der Erzversorgung. Deutschland kann sich, ganz anders als Frankreich, nur zu einem Drittel aus eigenen Vorkommen versorgen, von denen jedoch ein großer Teil aus armen sauren Erzen besteht. Die Erzeinfuhren kommen zu rd. 40% aus Schweden. Die anderen 60% der notwendigen Importe müssen aus weit entfernten Ländern wie Chile, Peru, Kanada, Venezuela, Afrika und Indien bezogen werden. Diese Importe zeigen einen stetigen Trend der Verteuerung. Im Kostennachteil gegenüber Frankreich, England und anderen Ländern befindet sich Westdeutschland aber auch in der Schrottversorgung. Die gegenwärtig absteigende Linie der Schrottpreise korrigiert nicht den Gesamteindruck ihres Anstiegs in den letzten zehn Jahren, während zum Beispiel England frühzeitig einen gestoppten Preis festgesetzt und damit seiner Stahlindustrie die Kalkulationen erleichtert hat. Im übrigen ist nicht zu übersehen, daß die Schrottversorgung bis heute nicht die Folgen des radikalen Eingriffs überwunden hat, durch den 1950/51 zur Bezahlung notwendiger Importe 10 Mill. t Schrott ausgeführt wurden, die im folgenden Aufschwung empfindlich fehlten und zu einseitig-



FOREIGN EXCHANGE BANK

★ HAMBURG OFFICE ★

Hamburg 36, Jungfernstieg 51, F.R. Germany
Tel. 34-1626

★ LIAISON OFFICE IN DÜSSELDORF OF HAMBURG OFFICE ★
Düsseldorf, Berliner Allee 47, F.R. Germany

THE BANK OF TOKYO, LTD.

HEAD OFFICE: TOKYO, JAPAN

gen Kostenbelastungen der westdeutschen Industrie führten, als die Hohe Behörde die Schrottimporte in den Gemeinsamen Markt in die Hände eines gemeinschaftlichen Büros legte und durch die Brüsseler Schrottausgleichskasse die Mehrkosten für den Zukaufschrott auf die Stahlherzeuger umlegte. Mit dem Hinweis auf zeitweilig übermäßige Abflüsse aus Westdeutschland in andere Unionsländer wie Italien und Belgien mag das Schrottkapitel, über das man Bände schreiben könnte, abgeschlossen sein.

Ausschlaggebend sind schließlich die Kohlenkosten, wenn die Möllerkosten pro Tonne in Westdeutschland etwa anderthalbmal höher liegen als in Frankreich. Darin liegt die wesentlichste Veränderung in den Wirtschaftlichkeitsbedingungen der deutschen Stahlherzeugung. Die Veränderungen sind zum Teil strukturell, zum anderen Teil politisch bedingt.

Der weitaus überwiegende Teil der westdeutschen Eisen- und Stahlwerke fußt auf den heimischen Kohlenvorkommen der Ruhr und ist durch die Gunst dieses Standortes in der Entwicklung nachhaltig gefördert worden. Die Wahrnehmung des Standortvorteils ist eine natürliche Erscheinung, die auch in Jahrzehnten nicht streitig gemacht wurde, weder den Hütten auf der Kohle an der Ruhr, noch den Werken auf der Minette in Lothringen. Erst neuerdings wird der Standortvorteil einseitig, nämlich zum Schaden der deutschen Werke, in Frage gestellt.

Die eisenschaffende Industrie ist angestrengt um eine Senkung des Kohlenverbrauchs bemüht und konnte in den letzten Jahren auch den spezifischen Verbrauch (je Tonne Erzeugung) um 1,4% senken, aber sie konnte den absoluten Verbrauch nur mit einem Mehrkostenaufwand decken, der weit über dem Anstieg des Kohlenpreises liegt. Hatte ihr schon die — inzwischen in vielen Fällen wieder korrigierte — Entflechtung von Kohle und Stahl, also die Beseitigung der Verbundvorteile, erhebliche Benachteiligungen gebracht, so legten ihr die Bestimmungen der Montanunionssatzung über den freien Zugang zu den im Gemeinsamen Markt vorhandenen Rohstoffquellen neue Lasten auf. Der Grundsatz des freien Zugangs hat zwar keine Steigerung der Minette-Einfuhren nach

Westdeutschland, wohl aber eine erhebliche Verschlechterung der deutschen Kohlenaußenhandelsbilanz bewirkt und belastet die deutsche eisenschaffende Industrie 1957 mit Energiemehrkosten von rd. 1 Mrd. DM. Deutschland ist durch Jahrzehnte Kohlenausfuhrland gewesen. Die Vorkriegszahlen weisen für das damalige Reichsgebiet Einfuhren von rd. 4 Mill. t und Ausfuhren von 25 bis 30 Mill. t aus. Diese Relation hat sich seit 1954/55 grundlegend verändert. 1956 wurden aus der Bundesrepublik wohl noch 25,45 Mill. t exportiert, aber nicht mehr aus Überschüssen der Förderung. Vielmehr wurde durch die Ausfuhren eine Lücke im deutschen Bedarf aufgerissen, die nur durch große Importe geschlossen werden konnte. 1956 mußten 20,56 Mill. t Kohle und Koks eingeführt werden. Davon kamen nur ein Viertel aus den Ländern des Gemeinsamen Marktes, aber drei Viertel aus dritten Ländern und davon nicht weniger als 11,56 Mill. t aus den USA. Hält man dagegen, daß im gleichen Jahr Frankreich 6,1 Mill. t aus den USA, aber eine größere Menge, nämlich 6,8 Mill. t, aus der Bundesrepublik bezog, so liegt der Kostennachteil für die deutsche Seite auf der Hand. Westdeutschland mußte fast doppelt soviel USA-Kohlen kaufen wie Frankreich, um mit diesem je Tonne im Schnitt um 40 DM teureren Import die Lücke zu schließen, die durch den vorwiegend in die Länder des Gemeinsamen Marktes gehenden Export, für den die niedrigeren Inlandspreise gelten, aufgerissen wurde.

Für die westdeutsche Eisen- und Stahlindustrie liegt eine weitere einseitige Belastung darin, daß sie die Mehrkosten ihrer US-Kohlenbezüge selbst tragen muß, eben mit rd. 1 Mrd. DM in 1957, während die Kosten in Frankreich und auch in England auf die Gesamtheit der Verbraucher umgelegt werden.

Diese Hinweise auf die ungleichen Kostenbelastungen werden indessen von der westdeutschen eisenschaffenden Industrie nicht zum Anlaß genommen, politische Vorbehalte und Einwendungen — etwa gegen den grundsätzlich bejahten Gemeinsamen Markt — zu erheben. Sie sind jedoch geeignet, die besonderen Schwierigkeiten zu veranschaulichen, unter denen dieser Industriezweig seinen Weg geht.

Bezugspreise für den WIRTSCHAFTSDIENST: Einzelpreis: DM 3,50, vierteljährl. DM 10,—, mit Beilage „Weltkartei der Wirtschaftspresse“ vierteljährl. DM 36,— oder mit „Bibliographie der Wirtschaftspresse“ vierteljährl. DM 36,—. Zu beziehen vom Verlag Weltarchiv GmbH., Hamburg 36, Poststr. 11, oder durch den Buchhandel